

**Beschluss des 4. Landesparteitages
2. Tagung, DIE LINKE. Thüringen, 22. März 2014 in Sömmerda**

**(Abstimmungsergebnis: bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen mehrheitlich
beschlossen)**

Wahlstrategie für das Jahr 2014

Im Jahr 2014 steht DIE LINKE vor der politischen und organisatorischen Herausforderung, mit den Kommunalwahlen, den Wahlen zum Europäischen Parlament und der Wahl zum Thüringer Landtag drei Wahlen erfolgreich zu bestreiten.

Für DIE LINKE ist es Ziel:

- nach der Landtagswahl im September 2014 Regierungsverantwortung und das Amt des Ministerpräsidenten in Thüringen zu übernehmen und einen politischen Wechsel zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit, für höhere Löhne, für eine bessere und für alle zugängliche Bildung, für eine vielschichtige und weltoffene Kultur und für mehr Demokratie durch Mitbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe herbeizuführen.
- mit der Spitzenkandidatin der LINKEN aus Thüringen, Gabi Zimmer, einen für DIE LINKE erfolgreichen Europawahlkampf zu führen und für ein soziales, demokratisches, solidarisches und ökologisches Europa zu streiten, das die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse für alle Menschen und die Überwindung nationalstaatlicher Abschottungspolitik zum Ziel seiner Politik macht.
- in den Kreistagen sowie den Stadt- und Gemeinderäten als LINKE gemeinsam mit den EinwohnerInnen gestärkt gestaltenden Einfluss auf die Kommunalpolitik nehmen zu können und die im Jahr 2012 erfolgreich gewählte Landrätinnen, die Oberbürgermeisterin und die hautamtlichen BürgermeisterInnen der LINKEN durch gestaltungsfähige Mehrheiten zu unterstützen.

Mit der vorliegenden Wahlstrategie schafft DIE LINKE in Thüringen die Voraussetzungen, die Wahlen am 25. Mai und am 14. September vorzubereiten und den Wahlkampf zu organisieren.

1. Ausgangssituation

Im Jahr 2009 erzielte DIE LINKE Thüringen ihr bis dahin bestes Ergebnis. Neben dem herausragenden Zweitstimmenergebnis von 27,4 % und 27 Abgeordneten im Thüringer Landtag überraschte vor allem der Gewinn von 14 Direktmandaten. Zur Bundestagswahl nur vier Wochen nach der erfolgreichen Landtagswahl 2009 konnte DIE LINKE bei einer um zwölf Prozent höheren Wahlbeteiligung nochmals über 67.000 Stimmen hinzugewinnen und ein Wahlergebnis von 28,8% in Thüringen erzielen. Zusätzlich wurden zwei Direktmandate gewonnen.

Die beiden für DIE LINKE herausragenden Wahlergebnisse hatten mehrere Ursachen: Zum einen die mit der formalen Neubildung der LINKEN als Gesamtdeutsche Partei verbundene positive Grundstimmung gegenüber der Partei, das Fehlen öffentlich ausgetragener Richtungskonflikte und zum anderen die eingeschränkte Mobilisierungsfähigkeit des Wählerpotenzial der CDU. Letzteres war mit wesentlich für den Gewinn der Direktmandate sowohl zur Bundes- als auch zur Landtagswahl durch DIE LINKE in Thüringen.

Zur Bundestagswahl im September 2013 wurde DIE LINKE mit 8,6 % drittstärkste Fraktion im 18. Deutschen Bundestag. In Thüringen konnte DIE LINKE mit etwa 290.000 Stimmen gleich viele WählerInnen wie zur Landtagswahl 2009 mobilisieren. Bei einer gleich hohen Wahlbeteiligung wie zur Bundestagswahl im Jahr 2009 bedeutete dies aber einen etwa 5% geringeren Stimmenanteil. Den Gewinn von Direktmandaten konnte DIE LINKE zur Bundestagswahl in Thüringen nicht wiederholen.

	LTW 2009 30.08.2009		BTW 2009 27.09.2009		BTW 2013 22.09.2013	
Erstimmen	290.832	27,7 %	357.428	29,1 %	298.821	24,3 %
Zweitstimmen	288.915	27,4 %	354.875	28,8 %	288.615	23,4 %

In aktuellen Wahlumfragen zeigt sich für Thüringen ein relativ klares Bild. DIE LINKE und die CDU konkurrieren um ein Ergebnis, das ihnen jeweils ermöglicht, eine Regierung zu bilden. Der von der SPD momentan erreichbare Stimmenanteil wird nicht ausreichen können, einen Anspruch auf Bildung einer SPD-geführten Regierung abzuleiten. Während die FDP derzeit sicher nicht dem nächsten Landtag angehören wird, ist dies bei BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und der rechtspopulistischen AfD derzeit noch offen. Beide werden in aktuellen Umfragen mit knapp über fünf Prozent bewertet.

	CDU	DIE LINKE.	SPD	BÜNDNIS90/Die GRÜNEN	AfD	FDP
EMNID ¹	39 %	26 %	17 %	5 %	7 %	1 %
INSA ²	36 %	27 %	14 %	6 %	6 %	2 %
INSA ³	35 %	27 %	18 %	7 %	5 %	2 %

Sollten sich diese Umfragewerte bis zum Wahltag stabilisieren, ist für Thüringen nicht mehr auszuschließen, dass nach 24 Jahren CDU-geführter Regierung es möglich ist, die CDU aus der Regierungsverantwortung abzulösen und damit einen Politikwechsel zu vollziehen. Der Thüringer SPD-Landeschef äußerte gegenüber der Leipziger Volkszeitung im November 2013, er halte eine von der LINKEN geführte Koalition mit der SPD, unter der Voraussetzung, dass die LINKE im Landtag stärker als die SPD wäre, "grundsätzlich für nicht ausgeschlossen" und dass er „die Debatte, ob die SPD im Land auch einen Politiker der Linkspartei zum Ministerpräsidenten mitwählen würde, für Thüringen neu führen“⁴ will. Dies kann durchaus als politisch-strategische Entscheidung vor dem Hintergrund verstanden werden, dass einerseits die SPD durch die Bildung der Großen Koalition auf Bundesebene ein strategisches Druckmittel gegenüber dem sehr viel stärkeren konservativem Koalitionspartner auch im Hinblick auf künftige Wahlen benötigt und andererseits die Sozialdemokratie den Realität werdenden schwarz-grünen Bündnissen eine Machtoption entgegensetzen muss.

Die in Thüringen seit 2009 regierende Koalition von CDU und SPD vermittelt gegenwärtig weder eine politische Gestaltungskraft noch den Eindruck einer stabilen Konstellation. Wichtige und notwendige Reformprojekte, wie etwa zur Verwaltungs- und Funktionalreform oder zur Sicherheitsarchitektur in Thüringen, verharren im Stillstand. Andere Vorhaben werden auf dem Wege des absoluten Minimalkonsenses bewältigt und verbleiben im günstigsten Fall wirkungslos, in der Regel blockieren diese aber eine nach vorne gerichtete Entwicklung. Bei vielen anderen Regierungsentscheidungen ist eine Handschrift des sozialdemokratischen Koalitionspartners nicht zu erkennen und zunehmend gelangen Informationen über ausgetragene Zwistigkeiten, beispielsweise im Zusammenhang mit Personalentscheidungen, innerhalb der Koalition an die Öffentlichkeit. Darüber hinaus sind Mitglieder der Landesregierung von Ermittlungsverfahren belastet. Die Thüringer Landesregierung hat letztlich abgewirtschaftet.

Die Stimmungslage der ThüringerInnen zeigt ein wechselvolles Bild. Für die Hälfte ist die Beseitigung der sozialen Ungleichheit vorrangige Aufgabe von Politik⁵. Dies hat eine Ursache darin, dass 68% der ThüringerInnen der Auffassung sind, dass sie im Vergleich, wie andere in der Bundesrepublik leben, weniger als einen gerechten Anteil erhalten. Dass hierbei durchaus von der eigenen finanziellen Situation und Zufriedenheit abstrahiert wird, zeigen die entsprechend positiven Bewertungen. Dadurch wird deutlich, dass die ThüringerInnen unabhängig ihrer eigenen Lebenssituation und -perspektive eine eigene Vorstellung von einer gerechten Gesellschaft haben, die sie gegenwärtig nicht verwirklicht sehen. Entsprechend ordnen sich dann wichtigsten Themen in Thüringen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen mit Löhnen, von denen man vernünftig leben kann, ist laut einer durch die Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag in Auftrag gegebenen Studie⁶ das wichtigste Thema sowohl für die ThüringerInnen allgemein, als auch für das LINKE-Potenzial. Mindestens ebenso wichtig ist die Sicherstellung gleicher Bildungschancen für Kinder von Anfang an. Für das LINKE-Potenzial ist darüber hinaus die Bekämpfung des Neonazismus in Thüringen von herausragender Bedeutung. Schuldenabbau und Schutz vor Verbrechen spielen im Vergleich eine untergeordnete Rolle.

Die Bildung der großen Koalition auf Bundesebene hat die Hoffnung auf einen möglichen sozial-ökologischen Politikwechsel zunichte gemacht. Wichtige Schritte zur Schaffung von sozialer Gerechtigkeit, wie ein wirksamer

¹ Befragungszeitraum: 09.10.-23.10.2013, 1000 Befragte; Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/thueringen.htm>

² Befragungszeitraum: 05.11.-08.11.2013, 1000 Befragte; Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/thueringen.htm>

³ Bild Thüringen vom 27.12.2013, Seite 12

⁴ <http://www.presseportal.de/pm/6351/2600128/lvz-matschie-haelt-wahl-eines-linkspolitikers-zum-ministerpraesidenten-im-osten-nicht-mehr-fuer>

⁵ Thüringen-Monitor 2013; http://www.thueringen.de/imperia/md/content/tsk/th__ringen-monitor_2013_mit_anhang.pdf

⁶ TNS Emnid, Oktober 2013

und Armut verhindernder Mindestlohn, Aufhebung der Rente mit 67 Jahren oder tatsächliche Umverteilung durch eine gerechte Steuerpolitik, wurden ebenso unterlassen, wie ein Kurswechsel in der Europapolitik oder konsequente Schritte hin zu einer tatsächlichen Energiewende. Zahlreiche Vorhaben stehen zudem unter einem Finanzierungsvorbehalt. Nachdem die SPD im Bundestagswahlkampf angetreten ist, Schwarz-Gelb aus der Verantwortung zu drängen, verdingt sie sich nun aus alleinig strategischen Gründen als Erfüllungsgehilfe der ehemaligen und wiedergewählten Kanzlerin.

Die durch CSU und CDU geführte Debatte um eine angebliche Armutsmigration durch die in Kraft getretene Freizügigkeitsregelung für Bulgarien und Rumänien verbreitet selbst rassistische Vorurteile und Stereotype und stärkt in der Gesellschaft verbreitete Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Eine solche Debatte spielt vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus den Jahren 1992/93 mit dem Feuer. Damals schaukelten sich die Diskriminierung von Flüchtlingen, rassistische Einstellungen und konstruierte Ängste vor einer angeblichen Überfremdung gegenseitig zu Übergriffen und Pogromen auf.

Die CDU versuchte mit dem „Positionspapier der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag für ein starkes Europa“ diese Debatte fortzusetzen. Mit ihrer Forderung nach einem Stopp der Erweiterung der Europäischen Union entfernt sich die Thüringer CDU von einem solidarischen Europa und dem Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in Europa herstellen zu wollen.

Es ist zu befürchten, dass die Debatte um Zuwanderung, Freizügigkeit, Flüchtlingsaufnahme und Weltoffenheit im Wahljahr an Schärfe zunehmen wird. DIE LINKE. Thüringen setzt dem ein Konzept der Weltoffenheit, Solidarität und Humanität entgegen. Menschen in Not, die ihren Herkunftsort aufgrund von Verfolgung, existenzieller Bedrohung und menschenunwürdiger Lebensbedingungen verlassen müssen, sollen eine sichere und humanitäre Aufnahme finden. Menschen nicht-deutscher Herkunft sollen, ohne nach ökonomischen Nützlichkeitskriterien bewertet zu werden, freizügig in Thüringen leben, lernen und arbeiten können. MigrantInnen laden wir LINKEN ein, mit uns gemeinsam und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament werden vor dem Hintergrund einer euroskeptischen Grundstimmung sowie dem Gefühl vieler Menschen stattfinden, dass die frühere Bundesregierung die Bundesrepublik erfolgreich mit ihrer Europapolitik im nationalen Sinne durch die sogenannte Euro-Krise geführt habe. Ausgewiesene Gegner der Überwindung der Nationalstaatlichkeit in einem geeinten Europa finden in der rechtspopulistischen AfD eine ernsthafte Wahlmöglichkeit. Das unsolidarische Gleichgewicht zwischen den Staaten innerhalb der Europäischen Union wird sich in den kommenden Jahren bei Beibehaltung der Austeritätspolitik⁷ und Verfestigung der ökonomischen und finanzökonomischen Abhängigkeiten auch infolge des stabilitätsgefährdenden deutschen Exportüberschusses noch verstärken. Vor diesem Hintergrund ist die Europawahl auch eine Entscheidung über Europa und dessen soziale und demokratische Verfasstheit. Die Gefahr, dass zunehmend rechtspopulistische und Europa grundlegend ablehnende politische Parteien im Europäischen Parlament maßgeblichen Einfluss erhalten ist im europäischen Maßstab relevant.

Im Jahr 2012 konnte DIE LINKE in Thüringen ihre kommunalpolitische Verankerung durch Gewinn der Wahlen für das Landratsamt im Ilm-Kreis, im Landkreis Altenburg und im Landkreis Nordhausen sowie der Oberbürgermeisterwahlen in Eisenach sowie weiterer Bürgermeisterämter weiter verfestigen und ausbauen. Die Situation in den Landkreisen und Gemeinden ist gekennzeichnet durch die immer enger werdenden Gestaltungsspielräume aufgrund der prekären Finanzausstattung der Kommunen, die auch LINKE-Amtsträger zu unpopulären Entscheidungen infolge von Abwägungsprozessen zwingt. Die Kommunalwahlen im Jahr 2014 werden u.a. ein Gradmesser dafür sein, wie es ihnen gelungen ist, Menschen an diesen Entscheidungen zu beteiligen und Entscheidungshintergründe transparent zu machen. Dies wird sich auch darin niederschlagen, ob es den Landrätinnen, der Oberbürgermeisterin sowie weiteren hauptamtlichen BürgermeisterInnen gelingen wird, eine Gestaltungsmehrheit in ihren kommunalen Vertretungen zu erringen.

2. Europawahlen

Für DIE LINKE. Thüringen ist die Europäische Einigung kein ökonomischer Selbstzweck. Wir setzen auf ein solidarisches Europa, das die Nationalstaatlichkeit überwindet und Menschen vereint und ihnen die Grundlage für gleichwertige Lebensverhältnisse schafft. Wir werden im Wahlkampf deutlich machen, dass eine notwendige Kritik an den Institutionen der Europäischen Union und die einseitige Umsetzung neoliberaler Prinzipien in der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik nicht gegen die Vorstellung eines geeinten Europas steht, sondern für die von der LINKEN erhobene Forderung nach einer solidarischen Erneuerung der Europäischen

⁷ strenge Sparpolitik des Staates

Union. Wir wollen die Menschen einladen, sich für ein demokratisch verfasstes, soziales und ökologisches Europa der Menschen einzusetzen und der Partei ihre Stimme zu geben, die eine umfassende Stärkung der Rechte des Europaparlaments und verbindliche Mitspracherechte der nationalen und regionalen Parlamente im Vorfeld europäischer Entscheidungen fordert.

Die Wahl zum Europäischen Parlament ist für DIE LINKE. Thüringen kein Pflichtprogramm. Aktiv werden wir europapolitische Themen besetzen und in die öffentliche Debatte bringen. Dies betrifft insbesondere die Verantwortung der Europäischen Union für eine aktive Friedenspolitik. Gerade im europäischen Kontext wird sichtbar, wie dringend benötigt eine konsequente Antikriegs- und Friedenspartei wie DIE LINKE ist. Dies betrifft nicht nur die sich verstetigende Militarisierung der gemeinsamen europäischen Außenpolitik oder die Abschottung der Europäischen Union vor Menschen in Not durch die todbringende Grenzschutzagentur FRONTEX. Auch die forcierte ökonomische Abhängigkeit von sogenannten Entwicklungsländern von den Märkten der Europäischen Union führen zu Unfreiheit, Hunger und Armut. DIE LINKE wird sich für eine solidarische Europäische Union einsetzen, deren Solidarität sich nicht allein auf die Mitgliedsstaaten beschränkt. Wir werden auch deutlich machen, welche konkreten Auswirkungen die EU-Politik gerade auf die Kommunen und damit auf das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen hat und die Bedeutung der Wahlen gemessen daran messen.

Wir werden uns im Wahlkampf auch mit Positionen auseinandersetzen, die aus der weit verbreiteten Skepsis gegenüber der für viele Menschen intransparenten Europäischen Union versuchen, ihr rechtspopulistisches Süppchen zu kochen. Viele zivilisatorische Errungenschaften innerhalb Europas der letzten 50 Jahre, auch viele wirtschaftliche Entwicklungen in Thüringen in den vergangenen 20 Jahren wären ohne die Europäische Union kaum erreichbar gewesen. Die Programmatik der rechtspopulistischen AfD, die die Rückführung der Entscheidungskompetenz auf die nationalen Parlamente und Abgrenzung gegenüber der „Brüsseler Bürokratie“ fordert ist national-chauvinistisch und neoliberal. Sie ist aber keine Antwort auf die sich durch die Euro-Krise verstärkende Ungleichheit bis hin zur absoluten Armut in Europa, die ihre Ursachen in der neoliberalen Finanzpolitik und der völligen Entfesselung der Märkte haben.

Mit der Vorsitzenden der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke, Gabi Zimmer, verfügt DIE LINKE. Thüringen über eine hervorragende Repräsentantin für die Idee eines sozialen, demokratischen, solidarischen und ökologischen Europas. Wir werden in Thüringen offensiv mit Gabi Zimmer als KandidatIn für das Europäische Parlament werben und somit ein auch personell glaubhaftes politisches Angebot für die Europapolitik anbieten.

Mit der durch den Landesvorstand gebildeten AG Europa werden wir im Wahlkampf die Kreis- und Gebietsverbände sowohl inhaltlich als auch organisatorisch, zum Beispiel bei der Vorbereitung von Veranstaltungen, durch die Bereitstellung von ReferentInnen und die Erstellung notwendiger Materialien, die die Verbindungen von Kommune und EU herausstellen, unterstützen.

3. Kommunalwahlen

Die kommunalpolitische Verankerung ist Voraussetzung für das politische Agieren der LINKEN in der Öffentlichkeit. Durch die Vielzahl von engagierten und aktiven KommunalpolitikerInnen bekommt DIE LINKE. Thüringen ein Gesicht und die in Thüringen lebenden Menschen einen Ansprechpartner auf der Ebene der Gemeinden, also in ihrem eigenen Lebensumfeld. Ein gutes Ergebnis der LINKEN zur Kommunalwahl im Mai ist eine Grundlage für einen engagierten Wahlkampf für die voraussichtlich im September 2014 stattfindende Wahl zum Thüringer Landtag.

Unser Ziel ist es, dass im Jahr 2012 bei der Wahl der Landräte, der Oberbürgermeister und der hauptamtlichen Bürgermeister erhaltene Vertrauen zu bestätigen und gestärkt aus den Wahlen in den Landkreisen und kreisfreien Städten hervorzugehen.

Für die Wahlen der Kreistage und der Stadträte in den kreisfreien Städten sowie in den Stadträten kreisangehöriger Gemeinden werden wir als DIE LINKE mit einer ausreichenden Anzahl von KandidatInnen antreten. Auf der gemeindlichen Ebene wollen wir in mindestens der gleich großen Anzahl von Gemeinden als DIE LINKE antreten, wie dies im Jahr 2009 der Fall gewesen ist. Dazu laden wir auch parteilose Menschen ein, sich mit uns gemeinsam für soziale, ökologische und demokratische Projekte und für eine linke Kommunalpolitik in den Gemeinderäten zu engagieren. In Gemeinden, in denen DIE LINKE über keine Mitglieder verfügt, werden wir SympathisantInnen als KandidatInnen einer Offenen Liste, die den Namenszusatz DIE LINKE trägt, unterstützen.

Das durch die 1. Tagung des 4. Parteitages beschlossene Rahmenkommunalwahlprogramm bietet den Kreis- und Gebietsverbänden eine ausreichende und gute Grundlage dafür, linke Kommunalpolitik zu beschreiben und durch konkrete Angebote für die jeweilige Gebietskörperschaft zu untersetzen. Unser politisches Ziel ist es, die kommunale Selbstverwaltung durch eine Stärkung der demokratischen Mitbestimmung und EinwohnerInnenbeteiligung auszubauen und die Kommunen zur bedarfsgerechten Erfüllung der Aufgaben zur öffentlichen Daseinsvorsorge leistungsfähig zu halten oder wieder zu entwickeln.

Der Landesverband DIE LINKE. Thüringen wird den Kommunalwahlkampf in den Thüringer Kommunen durch die durch den Landesvorstand gebildete AG Kommunalpolitik inhaltlich begleiten und unterstützen. Darüber hinaus bietet der Landesverband konkrete Unterstützung bei der Gestaltung von Wahlwerbematerial, bei der Organisation von Veranstaltungen sowie bei der Qualifizierung von gegenwärtigen und künftigen MandatsträgerInnen an. Die nachweisbar positiven Beispiele LINKER Kommunalpolitik in Thüringen werden wir aktiv benennen und darstellen. Mit einer in Verantwortung des Landeswahlbüros als Bestandteil zur bundesweit erscheinenden Europawahlzeitung entstehenden Kommunalwahlzeitung und mit deren landesweiter Verteilung werden wir die kommunalpolitische Kompetenz der LINKEN und ihrer Amts- und MandatsträgerInnen sowie unsere Vorstellungen einer linken, d.h. sozial, gerechten, ökologischen und demokratischen Kommunalpolitik sichtbar machen.

DIE LINKE. Thüringen unterstützt die landesweite Initiative „Deine Stimme gegen Nazis!“⁸. Wir werden im Kommunalwahlkampf die Strategie der Neonazis und die menschenverachtende Ideologie hinter ihrer „nationalen Opposition“ entlarven und deutlich benennen. Wir arbeiten mit allen zivilgesellschaftlichen Bündnissen und antifaschistischen Initiativen zusammen, um Neonazis ihre bestehenden kommunalpolitischen Einflussmöglichkeiten zu nehmen.

4. Landtagswahlen

Aus der Wahl zum Thüringer Landtag wollen wir gegenüber 2009 weiter gestärkt hervor gehen und die Voraussetzung im Jahr 2014 für einen Politikwechsel schaffen. Ein Politikwechsel in Thüringen setzt voraus, die CDU aus der Regierungsverantwortung abzulösen und einen Regierungswechsel in Thüringen zu vollziehen. Dazu unterbreiten wir mit dem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2014 und den in der kommenden Wahlperiode zu realisierenden Projekten ein inhaltliches Angebot an politische PartnerInnen im Parlament und in der Gesellschaft für eine solidarische, soziale, demokratische und ökologische Alternative zur jetzigen Landespolitik in Thüringen. Wir werden an den Stellen, an denen notwendige Veränderungen an den Grenzen der Landeskompetenz scheitern, deutlich zum Ausdruck bringen, dass DIE LINKE eine grundlegende Reform der Gesellschaft anstrebt. Dies schließt aber nicht aus, Verantwortung für die Menschen in ihrer jetzigen Lebenssituation und in der Gesellschaft unter den heute vorherrschenden Bedingungen zu übernehmen. Selbstbewusst streben wir daher das Ziel an, nach der Landtagswahl SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN aufzufordern, sich an einer von der LINKEN geführten Landesregierung zu beteiligen. Die Zeit des Wahlkampfes werden wir dazu nutzen, öffentlich für die Ablösung der CDU aus einer bereits 24 Jahre andauernden Zeit der Regierungsverantwortung und für die Akzeptanz eines LINKEN Ministerpräsidenten zu werben. Gleichzeitig werden wir darauf aufmerksam machen, dass ein Politikwechsel nicht allein durch die Übernahme von Regierungsverantwortung eintritt, sondern auch außerhalb des Parlamentes durch das Zusammenwirken mit zahlreichen gesellschaftlichen Akteuren sich vollzieht.

Vor dem Hintergrund eines auch in der öffentlichen Diskussion nicht mehr ausgeschlossenen Wechsels in der Thüringer Regierung gehen wir von einer Zuspitzung im Wahlkampf auf die Frage aus, wird Thüringen künftig von einem CDU - oder LINKEN Ministerpräsidenten regiert. Wir werden deshalb die Hauptauseinandersetzung mit der derzeitigen Landesregierung und der CDU führen und stellen uns auf einen – darauf deuten erste Debattenbeiträge und Reaktionen bereits hin – konfrontativen Wahlkampf gegen DIE LINKE und deren Beteiligung an einer künftigen Landesregierung ein.

Die Landtagswahl in Thüringen hat ebenso wie die in Sachsen und Brandenburg eine jeweils über die Bundeslandgrenzen hinausreichende Bedeutung. CDU und SPD würden auch über eine Mehrheit im Bundesrat neben der Regierungsmehrheit im Bundestag verfügen und damit jedwede über die Entscheidungen der Bundesregierung hinausgehenden bundespolitischen Gestaltungsmöglichkeiten von vornherein unmöglich machen, wenn in der Länderkammer drei weitere schwarz-rote Landesregierungen vertreten wären. In der

⁸ <http://www.deine-stimme-gegen-nazis.de/>

Vorbereitung der Landtagswahlen und des Wahlkampfes werden eine enge Kooperation mit den LINKEN Landesverbänden in Sachsen und Brandenburg suchen, um Synergieeffekte nutzen zu können.

Mit unseren KandidatInnen auf der Liste zur Landtagswahl werden wir glaubhaft unsere inhaltlichen Zielstellung personell untersetzen und deutlich machen, dass DIE LINKE in Thüringen auch personell bereit und in der Lage ist, als bisherige parlamentarische Oppositionspartei auf Augenhöhe mit den potentiellen Koalitionspartnern zu verhandeln. Im Wahlkampf werden wir darüber hinaus auch deutlich machen, dass DIE LINKE. Thüringen sowohl das Amt des Ministerpräsidenten als auch weitere Regierungsämter kompetent und zuverlässig besetzen kann. Gegenüber SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN werden wir frühzeitig unsere Bereitschaft zur Übernahme von Regierungsverantwortung signalisieren und gemeinsame Gespräche über Möglichkeiten der gemeinsamen Politikgestaltung auf der Basis übereinstimmender Ziele anbieten. Bereits während des Wahlkampfes werden wir uns logistisch und konzeptionell auf die Zeit nach der Wahl vorbereiten, um gegebenenfalls zu führende Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen kompetent und zielführend zu gestalten. Der Erfahrungsaustausch mit den LINKEN Landesverbänden Brandenburg und Hessen, die entweder selbst in Regierungsverantwortung stehen bzw. erst unlängst Sondierungsgespräche mit SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN führten, wird einen Teil dieser Vorbereitung ausmachen.

Wir werden um beide Stimmen für DIE LINKE kämpfen. Die Zweitstimme wird dabei über die Mehrheitsverhältnisse entscheiden und damit über die Möglichkeit eines Politik- und Regierungswechsels. Unsere DirektkandidatInnen sind aufgerufen, mit ihrer Person, ihren Erfahrungen und ihren Kompetenzen für beide Stimmen für DIE LINKE zu werben. Wir werden keinen Personenwahlkampf in 44 Direktwahlkreisen führen, sondern einen Wahlkampf für DIE LINKE in Thüringen.

Wir sind uns darüber hinaus bewusst, dass der Spitzenkandidat der LINKEN aufgrund seiner herausgehobenen Stellung und dem unzweifelhaft bestehenden Zusammenhang zu dem möglicherweise nach der Wahl zu übernehmenden Amt des Ministerpräsidenten eine herausgehobene Stellung im Wahlkampf inne haben wird und zu dessen Personalisierung beiträgt.

Unsere politischen Schwerpunkte Soziale Gerechtigkeit, Bildung, Gesellschaftliche Teilhabe und Demokratie werden wir im Rahmen landesweiter themenspezifischer Kampagnen in den Mittelpunkt stellen.

Wir laden Mitglieder sowie SympathisantInnen der LINKEN und UnterstützerInnen eines Politikwechsels in Thüringen ein, einen Wahlkampf mit uns gemeinsam zu gestalten und die landesweite Kampagne durch eine Vielzahl vielfältiger Aktivitäten dezentral zu unterstützen. Unseren politischen Anspruch, die Menschen in diesem Land mitzunehmen und an der politischen Gestaltung teilhaben zu lassen, wollen wir auch im Wahlkampf sichtbar machen.

Den Landtagswahlkampf werden wir mit einer Spendenkampagne begleiten, die Menschen dazu einladen soll, unsere politischen Vorhaben und unser Wahlziel aktiv mit zu unterstützen.

Wie auch zur Kommunalwahl gilt: DIE LINKE. Thüringen unterstützt die Kampagne „Deine Stimme gegen Nazis!“ und steht an der Seite zivilgesellschaftlich Engagierter, wenn diese sich gegen die neonazistische NPD und deren Auftreten in der Öffentlichkeit zu Wehr setzen. Einer Normalisierung einer menschenverachtenden Ideologie im Rahmen des Wahlkampfes werden wir uns ebenso widersetzen wie im politischen Alltag auch. Es gehört zu unseren politischen Zielen, den Einzug einer neonazistischen Partei in den Thüringer Landtag zu verhindern.

Im Wahlkampf werden wir uns ebenso offensiv mit dem Rechtspopulismus der AfD auseinandersetzen. Zum Werben für unsere politischen Überzeugungen für eine sozial gerechte und freie Gesellschaft gehört es, national- und sozialchauvinistische Positionen zurückzudrängen und ihnen ihren gesellschaftspolitischen Einfluss zu nehmen.

5. Wahlgrundsätze

a. *Ansprache*

Die Kampagnen zur Europa- und Kommunalwahl sowie zur Landtagswahl werden aufeinander abgestimmt. Wir werden auf verständliche Weise den Zusammenhang zwischen Europa- und Kommunalpolitik sowie zwischen Landes- und Kommunalpolitik darstellen. Ebenso bieten die Wahlen für die Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte eine Gelegenheit, Direkt- und ListenkandidatInnen für DIE LINKE zur Wahl in den Thüringer Landtag öffentlich bekannt zu machen und den persönlichen Dialog mit der Öffentlichkeit zu suchen.

In einer verständlichen Form, nicht aber inhaltsleer, wollen wir mit Werbeträgern Menschen dafür interessieren, sich mit unseren programmatischen Positionen und Vorstellungen sowie mit unseren konkreten Vorhaben vertraut zu machen und auseinanderzusetzen.

Unsere Wahlkampagne hat das Ziel, Menschen zu motivieren, tatsächlich zur Wahl zu gehen und die Stimme der LINKEN zu geben. Dies setzt aber voraus, dass es uns gelungen ist, sie von der Richtigkeit einer solchen Wahlentscheidung zuvor zu überzeugen, nicht aber zu überreden. Dies gelingt durch kein Plakat oder Flugblatt. Dies ist uns entweder gelungen durch unsere politische Arbeit in den letzten Jahren auf den unterschiedlichsten Ebenen oder es wird uns gelingen, durch eine öffentliche Diskussion unseres politischen Angebotes. Plakate vermögen Menschen an Wahlen zu erinnern und das eigene Wählerpotenzial zu motivieren, Veranstaltungen sprechen eines kleinen Kreis thematisch Interessierter an, Flugblätter in Briefkästen drohen in der Werbungsflut unterzugehen und Online-Publikationen erreichen ebenso nicht alle Menschen wie in Printmedien veröffentlichte Beiträge und Pressemitteilungen. Und dennoch verstehen wir diese Angebote als Teil einer umfassenden Kommunikationsstrategie im Wahlkampf. In jedem Fall unverzichtbar und Kern unserer Kampagne aber muss das persönliche Gespräch mit dem Menschen sein. Mitglieder der Partei DIE LINKE., ehrenamtliche Wahlkampfshelfer und nicht zuletzt die KandidatInnen selbst sind es, die die wichtigsten politischen Aussagen transportieren und für die Menschen greifbar machen. Auf der Straße, in den Kneipen, im sozialen und beruflichen Umfeld diskutieren Menschen über Politik und über die tagesaktuellen Dinge, die ihr Leben beeinflussen. Hier muss die Politik der LINKEN erkennbar sein und nicht verschämt verschwiegen werden, hier müssen wir uns beteiligen ohne uns aufzuzwingen. Und wir müssen selbst den Dialog suchen, an Info-Ständen in den Wohngebieten und in den Ortschaften.

b. *Zielgruppe*

LINKE Politik wendet sich in erster Linie gegen soziale Ungleichheit und richtet sich auf die Verbesserung der konkreten Lebenssituation der von Ungleichheit Betroffenen. Arbeitslose, prekär Beschäftigte, MigrantInnen, in Altersarmut Lebende, überdurchschnittlich belastete Familien mit Kindern sowie sozial und politisch benachteiligte Frauen gehören daher traditionell zu den primären Ansprechpartnern der Partei DIE LINKE. Um einen Politikwechsel zu ermöglichen brauchen wir aber auch das aktive Mittun von Menschen, die unabhängig ihrer eigenen Lebenssituation eine mit den programmatischen Positionen der LINKEN ähnlichen Vorstellung von einer gerechten, solidarischen, ökologischen und demokratischen Gesellschaft besitzen. Die vorangegangenen Wahlen haben gezeigt und neuer Wahlumfragen für Thüringen bestätigen dies, dass DIE LINKE in der Lage ist, Menschen unterschiedlichster sozialer und politischer Milieus, Bildungs-, Einkommens-, Berufs- und Altersgruppen, Frauen wie Männer, erfolgreich anzusprechen. Dies im Wahljahr 2014 zu wiederholen ist unser Ziel.

Wir stehen vor der Aufgabe, auch Menschen Antworten auf ihre Frage zu geben, die klassischerweise nicht zum linken Wählerpotential zu zählen sind, wie etwa bei Selbstständigen, VertreterInnen des Mittelstandes und des Handwerks. Wir werden dabei aber nicht Allen Alles versprechen, sondern deutlich machen, worin auf Grundlage des von uns vorgelegten Wahlprogramms für alle in Thüringen lebenden Menschen der gesellschaftspolitische Mehrwert eines Politik- und Regierungswechsels liegt.

Unabhängig davon werden wir im Rahmen der Wahlkämpfe spezielle Angebote der Information und der Beteiligung sowohl inhalts- als auch formbetreffend für Frauen, junge Menschen und MigrantInnen unterbreiten.

c. *KandidatInnen*

In Gesprächen mit dem Landesvorstand werden die KandidatInnen zur Landtagswahl darauf vorbereitet, im Falle ihrer Wahl in den Thüringer Landtag im Bedarfsfall ihr Wahlkreisbüro auch außerhalb des Wohnortkreises einzurichten, damit ein flächendeckendes Netz von LINKEN Kontaktstellen in Thüringen gesichert werden kann. Ziel ist es, in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt mindestens ein Abgeordnetenbüro nach der

Landtagswahl 2014 einzurichten. Um die Kritik an der automatischen Diätenanpassung glaubwürdig weiter zu vertreten, erklären sich die gewählten Abgeordneten des Thüringer Landtages bereit, die gemeinschaftliche Spendenpraxis für soziale Zwecke fortzuführen und darüber hinaus den Landesverband DIE LINKE. Thüringen durch ihre Spende finanziell zu unterstützen. KandidatInnen der DIE LINKEN sind aufgefordert, ihre politische Biografie vor ihrer Wahl als Kandidat gegenüber den WahlvertreterInnen offenzulegen und die Frage nach einer Zusammenarbeit mit dem MfS, dem AfNS und Geheimdiensten der BRD sowie anderer Staaten wahrheitsgemäß zu beantworten.

Für KandidatInnen für die Wahlen der Kreistage sowie der Stadt- und Gemeinderäte wird den Gebietsverbänden empfohlen, ähnliche Vereinbarungen zur Zusammenarbeit in einer Fraktion DIE LINKE, zur Anbindung an DIE LINKE, zur angemessenen finanziellen Unterstützung des Gebietsverbandes aufgrund der erhaltenen Mandtagsbezüge sowie zur Offenlegung der politischen Biographie zu treffen.

d. Einheitliches Erscheinungsbild

DIE LINKE. Thüringen und ihre Gliederungen werden im Rahmen der Wahlkämpfe als eine Partei auftreten. Dazu gehört auch, in der Außendarstellung die Marke „DIE LINKE“ zu repräsentieren. Dies gilt sowohl für Printmaterialien, Plakate, Gestaltungselemente als auch die Internetauftritte von Gliederungen und KandidatInnen. Als Grundlage hierfür dienen die Hinweise „Zum Umgang mit der Marke DIE LINKE.“⁹. Das Landeswahlbüro bietet den Gliederungen und KandidatInnen Hilfe und Unterstützung bei der Erstellung von Wahlwerbematerial und Publikationen an.

e. Online Wahlkampf

Neben der klassischen Wahlwerbung werden online verbreitete Inhalte und die darüber bestehenden Kommunikationsmöglichkeiten eine herausragende Rolle spielen. Es besteht damit auch die Möglichkeit, verschiedene Medienformate miteinander zu verbinden und somit Positionen einer Vielzahl von NutzerInnen des Internets verständlich anzubieten.

DIE LINKE. Thüringen wird deshalb ein besonderes Augenmerk auf ihren und den Online-Auftritt ihrer KandidatInnen legen. Neben der Einhaltung des LINKE-CMS¹⁰ spielen Aktualität und Kommunikations- und Interaktionsmöglichkeiten eine große Rolle. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Vorteile des von Web-Präsentationen, Newslettern, Twitter und Sozialen Netzwerken genutzt werden. Anderenfalls wirken Online-Angebote eher abschreckend und unattraktiv.

Zum Online-Wahlkampf zählen auch die aktive und ständige Betreuung von Wahlplattformen, wie z.B. www.abgeordnetenwatch.de, oder von statischen Einträgen, z.B. wikipedia.

f. Gesellschaftliche und außerparlamentarische PartnerInnen

DIE LINKE. Thüringen strebt bei allen im Jahr 2014 stattfindenden Wahlen an, gestärkt in den kommunalen Gebietskörperschaften sowie in den Parlamenten auf Europa- und auf Landesebene vertreten zu sein. Wir verkennen dabei aber nicht, dass politische Veränderungen sich nur dauerhaft durchsetzen lassen, wenn diese außerparlamentarisch begleitet und getragen werden. Gerade auch die bestehenden und nicht zu leugnenden Zwänge realer Politik in der Gegenwart erfordern es geradezu, dass außerparlamentarische Gruppen und Initiativen durch ihre kritische Begleitung Motor ständiger Veränderungen bleiben. DIE LINKE versteht sich trotz aller Unterschiedlichkeit als einen Teil einer politischen Bewegung, die gesellschaftliche Veränderung herbeiführen will und kann, mit der Besonderheit, dass sie sich als Partei organisiert und für den parlamentarischen Weg entschieden hat.

Gerade im Wahlkampf werden wir die Möglichkeiten und Grenzen legislativer und exekutiver Gestaltungsmacht deutlich machen und auf die Notwendigkeit des Zusammenspiels vieler gesellschaftlicher Akteure hinweisen.

Die Mitglieder der LINKEN werden weiterhin in Vereinen und Verbänden, in Bürgerinitiativen mitarbeiten, und in unterschiedlichen politischen Organisationsformen mitwirken. Ungeachtet dessen werden wir aber auch dort Unterschiede benennen, wo Bürgerinitiativen oder Verbände bei Kommunalwahlen kandidieren und als politischer Konkurrent auftreten.

Als DIE LINKE sehen wir uns in sozialen Netzwerken ebenso verankert wie in Friedensinitiativen, antifaschistischen Bündnissen, der Umweltbewegung und in migrantischen Selbstorganisationen. Gemeinsam

⁹ http://www.die-linke.de/fileadmin/download/erscheinungsbild/umgang_mit_der_marke.pdf

¹⁰ <http://www.links-cms.de/>

mit den Gewerkschaften wollen wir soziale Kämpfe gegen soziale Ungleichheit und Benachteiligung, für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen kämpfen.

DIE LINKE versteht sich als selbstbewusster Partner für eine außerparlamentarische Bewegung, ohne diese auch nur in irgendeiner Form vereinnahmen zu wollen oder im Wahlkampf zu missbrauchen. DIE LINKE ist dann glaubwürdig, wenn sie einen gleichberechtigten Dialog sucht und den Disput um die besten Konzepte führt. Dies ist Grundlage unserer Politik in der parlamentarischen Opposition gewesen und wird es auch im Falle der Übernahme von Regierungsverantwortung bleiben. Der Wahlkampf soll dieses Angebot und die damit verbundene Einladung an die gesellschaftlichen und außerparlamentarischen PartnerInnen für einen Politikwechsel in Thüringer vermitteln.